

Niederschrift

über die Sitzung des Bauausschusses



Sitzungs-Nr.: **BauA/008/14-20**
Sitzungs-Tag: **26.08.2015**
Sitzungs-Ort: **Brakel, Am Markt 4a, Sitzungssaal
"Alte Waage"**

Beginn der Sitzung: **18:00 Uhr**
Ende der Sitzung: **20:15 Uhr**

CDU:

Gadzinski, Tobias

Vertretung für Ratsfrau Viola Wellsow

Hanisch, Ewald

Vertretung für Ratsherrn Hartwig Menke

Koppi, Wolfgang

Neu, Heike

Oeynhausens, Uwe

Steinhage, Hermann

Wulff, Michael

SPD:

Beineke, Elisabeth

Koch, Hans-Jörg

Kruse, Johannes

Vertretung für Ratsherrn Joachim Holtemeyer

UWG/CWG:

Tobisch, Johannes

Volkhausen, Erwin

Bündnis90/DIE GRÜNEN:

Hogrebe-Oehlschläger, Ulrike

Als Gast nimmt teil:

Koßmann, Ines

zu Top 1.1

Als Gäste nehmen teil:

Engel, Michael Dipl.-Ing.

zu Top 1.2 und 1.3

Von der Verwaltung nehmen teil:

Bohnenberg, Bernd

Groppe, Johannes

Nolte, Ulrike

Schriftführerin

Senft, Hartmut

bis Top 1.1

Sentler, Franz-Josef

Öffentliche Sitzung

1. Planungsangelegenheiten

- 1.1. Erweiterung der Gemeinschaftsunterkunft für ausländische Flüchtlinge "Brakeler Märsch"; Planvorstellung** 287/2014
-2020
Berichterstatter: StBOAR Groppe
- 1.2. Bebauungsplan Nr. 2d - 2. Änderung "Ostdeutsche Straße/ Faulensieksweg" in der Kernstadt Brakel (Einzelvorhaben Ostdeutsche Straße 24); Aufstellungsbeschluss zur Bauleitplanung** 277/2014
-2020
Berichterstatter: Verw.-Ang. Bohnenberg
- 1.3. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 11 - 10. Änderung "Erlenhof" in der Kernstadt Brakel (ergänzende Ferienhäuser); Aufstellungsbeschluss zur Bauleitplanung auf Antrag des Vorhabenträgers** 277/2014
-2020/1
Berichterstatter: Verw.-Ang. Bohnenberg
- 1.4. Oberflächengestaltung 3. und 4. Bauabschnitt "Hane-kamp" in der Kernstadt Brakel; Ergebnis der Behördenbeteiligung - Fußgängerüberweg Rosenstraße/ Wolfskuhle** 289/2014
-2020
Berichterstatter: StBOAR Groppe
- 1.5. Optimierung der Bushaltestelle "Bredenweg"; Vorstellung der geänderten Planung** 288/2014
-2020
Berichterstatter: StBOAR Groppe
- 1.6. Instandsetzung der Nethebrücke im Ostheimer Feld** 285/2014
-2020
Berichterstatter: FB 3
- 1.7. Stadterneuerungsprogramm für das Jahr 2016; Beschluss zur Antragstellung** 272/2014
-2020
Berichterstatter: StBOAR Groppe
- 1.8. Teilweise Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans "Gesundheits- und Pflegezentrum Brakel" in der Kernstadt Brakel** 278/2014
-2020
- a. Beratung von Äußerungen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit
 - b. Beratung von Stellungnahmen aus der Offenlegung
 - c. Beratung von Stellungnahmen aus der Beteiligung der Behörden
 - d. Satzungsbeschlussvorschlag
 - e. Zusammenfassende Erklärung
- Berichterstatter: Verw.-Ang. Bohnenberg
- 2. Resolution der Heimatpfleger im Kreis Höxter zur Windenergie** 290/2014
-2020
Berichterstatter: StBOAR Groppe
- 3. Bekanntgaben der Verwaltung**

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende **Ulrike Hogrebe-Oehlschläger** eröffnet die Sitzung, begrüßt die Sitzungsteilnehmer, Gäste, Zuhörer und die Vertreter der Presse.

Zu **Form und Frist** der Einladung ergeben sich keine Bedenken.

Anschließend stellt sie die **Beschlussfähigkeit** des Bauausschusses fest.

Auf Antrag des Rats Herrn **Tobisch** seitens der UWG/CWG-Fraktion wird der Top 1.7. „Stadterneuerungsprogramm für das Jahr 2016; Beschluss zur Antragstellung“ **einstimmig** von der Tagesordnung abgesetzt und an den Rat zur Beratung am 01.09.2015 verwiesen. Die Reihenfolge der anschließenden Tagesordnungspunkte ändert sich entsprechend.

Die Tagesordnung wird darauf hin wie folgt erledigt:

Öffentliche Sitzung

1. Planungsangelegenheiten

1.1. Erweiterung der Gemeinschaftsunterkunft für ausländische Flüchtlinge "Brakeler Märsch"; Planvorstellung

287/2014
-2020

Berichtersteller: StBOAR Groppe

StBOAR **Groppe** möchte den Mitgliedern des Ausschusses zunächst den 2. und 3. Bauabschnitt vorstellen. Er empfiehlt, nach den v.g. Planvorstellungen über den Antrag der CDU-Fraktion zu beraten.

Die Sitzungsleiterin erteilt nun Ines **Koßmann** vom Architekturbüro Koßmann das Wort. Frau **Koßmann** verdeutlicht anhand einer Präsentation die derzeitigen Planungen im 2. Bauabschnitt. Hier ist eine kompakte dreigeschossige Bauweise vorgesehen und durch die Ausstattung mit abschließbaren Duschen, was ebenfalls mehr Privatsphäre für die Bewohner bedeutet, konnte eine nicht unerhebliche Platzersparnis erreicht werden.

Rats Herr **Kruse** merkt an, dass er die Waschräumlichkeit an der geplanten Stelle als deplatziert empfindet, die Entfernung für den Wäschetransport ist unverhältnismäßig groß. Die Bewohner müssen sehr weite Wege auf sich nehmen, und zudem können mögliche Wasserablagerungen auf dem Fußboden eine zusätzliche Unfallgefahr bedeuten.

Frau **Koßmann** nimmt die Anmerkung zur Kenntnis und empfiehlt, dieses nochmals zu besprechen, um hier eine akzeptable Lösung finden zu können.

Die Sitzungsleiterin, Ratsfrau **Hogrebe-Oehlschläger**, fragt in ihrer Funktion als ehrenamtliche Helferin an, warum bei diesen Planungen kein Platz für einen Aufenthaltsraum berücksichtigt wurde.

Frau **Koßmann** erklärt, dass die bisherigen Lagerflächen noch umfunktionsiert werden und dadurch weitere Räume, ebenfalls auch ein Beratungsraum entstehen werden.

Ratsherr **Oeynhaus**en merkt an, dass dieses ebenfalls mit der Ökumenischen Flüchtlingshilfe besprochen wurde. Es soll möglichst darauf hingewirkt werden, dass die Bewohner ihre Mahlzeiten nicht mehr auf den Zimmern einnehmen. Auf weitere Nachfrage des Ratsherrn **Oeynhaus**en erklärt Frau **Koßmann**, dass das Gebäude aufgrund seiner Raumaufteilung einer späteren Nutzung, z.B. als Verwaltungsgebäude, zugeführt werden könnte. Die Innenwände sind flexibel gestaltet und nur die Flurwände tragend. Für die Böden in Küche und Flur ist ein Fliesenbelag und in den Zimmern ein Linoleum-Belag vorgesehen.

Die Anfrage des Ratsherrn **Koch** beantwortet sie dahingehend, dass die innenliegenden Bäder mit einer entsprechenden Lüftung ausgestattet werden. Weiterhin erklärt sie, dass die bisher bestehende Heizung durch gezielte Umbauten (größerer Pufferspeicher pp.) weiter genutzt werden kann, diese Erweiterung wird Kosten i.H.v. ca. 8.000,00 € verursachen.

Ratsfrau **Neu** bittet bei den Fliesenbelägen auf Feinsteinzeugfliesen zu verzichten, da die großporige Fliesenoberfläche einen hohen Pflegebedarf erfordert. Sie weiß, dass bei diesen Fliesen ein gutes Preis-Leistungsverhältnis besteht, empfiehlt aber, im Bereich der Flure unbedingt nach anderen Möglichkeiten zu suchen.

Frau **Koßmann** erklärt, dass eine R11-Fliese für derartige Objektausstattung als optimal angesehen wird, leider bietet sich, auch aus Kostengründen, keine vergleichbare Alternative. Sie sichert allerdings zu, dieses nochmals zu überprüfen.

Auf Nachfrage des Ratsherrn **Tobisch** erklärt StA **Senft**, dass im Hinblick auf die noch zu erwartenden Flüchtlingsströme kaum konkrete Zahlen geliefert werden können. Nach derzeitigen Prognosen kann bis zum Jahresende 2015 mit ca. 228 Personen gerechnet werden. Zusätzlich wurden daher bereits private Wohnungen angemietet und weiterhin eine städt. Immobilie in Gehrden als Flüchtlingsunterkunft genutzt.

Auf Nachfrage des Ratsherrn **Volkhausen** erklärt Frau **Koßmann**, dass hier auf eine aufwendige Ständerbauweise verzichtet werden konnte, da ein Ausgleich von entsprechendem Retentionsraum möglich war.

Ratsherr **Kruse** stellt nochmals klar, dass er das Vorhaben in dieser Form nicht mittragen wird. Eine dreigeschossige Bauweise in diesem Bereich kann er nicht befürworten, denn es werden zu viele Menschen auf zu engem Raum zentralisiert. Auch die Hochwassergefahr an diesem Standort sollte nicht unterschätzt werden. Er sieht weiterhin eine zufriedenstellende Lösung in der dezentralen Unterbringung der Betroffenen, z. B. in entsprechend angemieteten Objekten.

Nach einer weiteren kontroversen Diskussion bittet die stellv. Vorsitzende nun StBOAR **Groppe** die Planungen des 3. Bauabschnittes vorzustellen.

Herr **Groppe** stellt anschließend die beabsichtigten Planungen entsprechend der den Mitgliedern vorliegenden Verwaltungsvorlage vor. Er geht in seiner Berichterstattung auf das Gesamtkostenvolumen ein und stellt klar heraus,

dass durch den Abriss des Gebäudes eine entsprechende Neuschaffung der „vernichteten“ 33 Plätze erfolgen muss.

Da das bestehende Gebäude allerdings in Kürze grundsaniert werden müsste, sollten diese Planungen befürwortet werden. Vorteilhaft ist in jedem Fall, dass die aufwändige Aufständering hier entfallen würde.

Frau **Koßmann** veranschaulicht die Planungen des 3. Bauabschnittes anhand entsprechender Planentwürfe und erklärt diese im Detail. Sie berichtet, dass mit dem Kreis Höxter einige Gespräche geführt werden mussten, um eine Einigung dahingehend zu erzielen, dass eine Raumgröße von 16,5 qm für 4 Personen akzeptiert werden konnte.

Ratsherr **Tobisch** äußert anschließend starke Bedenken, derart viele Personen in diesem Bereich unterbringen zu wollen. Er verweist auf das Anliegen aller Fraktionen, keinen Brennpunkt an dieser Stelle schaffen zu wollen und ein „Dorf“ in der Stadt anzusiedeln.

Ratsherr **Oeynhausen** verweist in diesem Zusammenhang auf die hervorragende Arbeit der Ökumenischen Flüchtlingshilfe. Es werden hier bereits „Leitlinien“ erarbeitet, mit dem Ziel, Konzentrationszonen ganz klar vermeiden zu wollen. Die Schaffung klarer Strukturen wird die Selbstorganisation der Bewohner entsprechend fördern und unterstützen.

Ratsherr **Hanisch** fügt hinzu, dass die derzeitigen Prognosen die Planung des 3. Bauabschnittes unumgänglich machen. Daher sollte entsprechend gehandelt werden, weitere Alternativen sind für ihn derzeit nicht ersichtlich.

Im Hinblick auf einen möglichen „Brennpunkt“ in Brakel berichtet Ines **Koßmann** dem Ausschuss über ihre eigenen, durchweg positiven Erfahrungen, bei der Planungsarbeit im Flüchtlingsheim „Brakeler Märsch“. Auch ihre Mitarbeiterinnen haben bei den mehrfachen Besuchen dort keinerlei negative Erfahrungen gemacht. Sie weiß, dass in der Bevölkerung gewisse Vorurteile bestehen, doch sieht diese Ängste als unbegründet an.

Ratsherr **Koch** erläutert anschließend die Auffassung der SPD-Fraktion, die dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge weiterhin verfolgen zu wollen. Aus diesem Grund verweist er auf den Alternativstandort „Bökendorfer Grund“, hier könnten bestehende Gebäude entsprechend instand gesetzt werden. Im Resultat müssten die 33 Plätze im Bereich „Brakeler Märsch“ nicht „vernichtet“ werden.

Ratsherr **Kruse** fügt hinzu, dass er in einer dezentralen Unterbringung nicht nur eine Aufteilung auf die Ortschaften, sondern auch innerhalb der Kernstadt (durch entsprechende Anmietungen) sieht. Er betont nochmals, dass eine zentrale Unterbringung im Bereich „Brakeler Märsch“ nie gewollt war.

Ratsherr **Oeynhausen** sieht in der Betreuung der Bewohner durch die Sozialarbeiter/innen einen wichtigen Aspekt, der bei einer Unterbringung an vielen einzelnen Standorten so nicht zu verwirklichen wäre. Er verweist auf den seinerzeit im Rat gefassten Beschluss, dem nun auch entsprechend Rech-

nung getragen werden sollte. Der Verwaltung muss eine gewisse Planungs- und Projektsicherheit in der Sache erhalten. Er äußert anschließend die Bitte, bei der noch ungewissen Flut an Flüchtlingen sparsam mit den finanziellen Ressourcen umzugehen.

Anschließend stellt Ratsherr **Wulff** den Antrag der CDU-Fraktion im Detail vor. Dieser beinhaltet, die Planungen für den 3. Bauabschnitt im Märsch als aufgeständertes Bauwerk auf Parzelle 773 „Lagerplatz“ bis zur Baugenehmigung weiterzuführen. Die bestehende „Baracke“ soll erhalten bleiben.

Frau **Koßmann** erklärt, dass an dieser Stelle eine Aufständigung auf 1m in Kauf zu nehmen wäre, damit das Gebäude bei Hochwasser entsprechend unterspült werden kann. Die Problematik sieht sie in den Auflagen des Kreises Höxter, hier werden einige Verhandlungen zu führen sein, denn dieser fordert mindestens 1 qm Fläche pro Person als Aufenthaltsraum, was hier leicht unterschritten würde. Sie weist in diesem Zusammenhang auf die Möglichkeit hin, das Gebäude entsprechend auf 15 m Länge zu vergrößern.

Ratsherr **Oeynhaus** greift die Problematik auf und regt an, den Kreis Höxter zur nächsten oder übernächsten Sitzung des Rates einzuladen. Hier sollte den Mitgliedern seitens des Kreises veranschaulicht werden, was gefordert bzw. gewünscht wird.

Nach einer weiteren Diskussion besteht Einigkeit darüber, den Verwaltungsvorschlag in zwei Beschlussvorschläge zu teilen. Bestandteil des zweiten Beschlusses wird der Antrag der CDU-Fraktion.

Beschluss 1:

Der Bauausschuss schlägt dem Rat bei **2 Gegenstimmen mehrheitlich** vor, der vorgestellten Planung für die Erweiterung der Asylbewerberunterkunft „Brakeler Märsch“ zuzustimmen und zu beschließen, die Planung kurzfristig umzusetzen. Die erforderlichen zusätzlichen Mittel in Höhe von 242.000 € werden im Haushaltsplan 2016 zur Verfügung gestellt.

Ratsherr **Kruse** bittet um Aufnahme in die Niederschrift, dass er gegen diesen Beschlussvorschlag gestimmt hat.

Beschluss 2:

Der Bauausschuss schlägt dem Rat bei **5 Gegenstimmen mehrheitlich** vor, die Planungen für den 3. Bauabschnitt im Märsch als aufgeständertes Bauwerk auf Parzelle 773 „Lagerplatz“ bis zur Baugenehmigung weiterzuführen. Die bestehende „Baracke“ soll erhalten bleiben.

Ratsherr **Kruse** bittet um Aufnahme in die Niederschrift, dass er gegen diesen Beschlussvorschlag gestimmt hat.

Beschluss 3:

Der Bauausschuss beschließt bei **einer Gegenstimme mehrheitlich**, Vertreter des Kreises Höxter zur nächsten oder übernächsten Sitzung des Rates

der Stadt Brakel einzuladen, um den Mitgliedern im Detail zu verdeutlichen, welche Auflagen beim Bau einer Flüchtlingsunterkunft seitens des Kreises gefordert werden.

1.2. Bebauungsplan Nr. 2d - 2. Änderung "Ostdeutsche Straße/ Faulensieksweg" in der Kernstadt Brakel (Einzelvorhaben Ostdeutsche Straße 24); Aufstellungsbeschluss zur Bauleitplanung

277/2014
-2020

Berichterstatter: Verw.-Ang. Bohnenberg

Vor Eintritt in die Beratung zu diesem Top gibt die stellv. Vorsitzende, **Ratsfrau Hogrebe-Oehlschläger** bekannt, dass es sich hier um die **1.** und nicht, wie versehentlich abgedruckt, 2. Änderung des Bebauungsplanes handelt.

Nach einer kurzen Einleitung durch VA **Bohnenberg**, erteilt die Vorsitzende, Herrn Engel vom Kreis Höxter das Wort.

Herr **Engel** veranschaulicht den Mitgliedern die Baugrenzen des bisherigen Bebauungsplanes anhand einer Präsentation. Auf Nachfrage des Ratsherrn **Kruse** teilt er mit, dass die Grenzen der damaligen Bebauungspläne oftmals sehr eng zugeschnitten waren.

Beschluss:

Der Bauausschuss beschließt **einstimmig**, den Bebauungsplan Nr. 2d - 1. Änderung „Ostdeutsche Straße/ Faulensieksweg“ in der Kernstadt Brakel aufzustellen, um in diesem städtebaulichen Einzelfall eine innerstädtische Nachverdichtung der Wohnfunktion (ergänzende Wohnbebauung) zu ermöglichen.

1.3. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 11 - 10. Änderung "Erlenhof" in der Kernstadt Brakel (ergänzende Ferienhäuser); Aufstellungsbeschluss zur Bauleitplanung auf Antrag des Vorhabenträgers

277/2014
-2020/1

Berichterstatter: Verw.-Ang. Bohnenberg

Herr **Engel** vom Kreis Höxter verdeutlicht den Mitgliedern die geplante Erweiterung des „Ferienhausgebietes“ im Bereich Erlenhof anhand einer Präsentation.

Auf Nachfrage des Ratsherrn **Kruse** teilt er mit, dass das Ferienhausgebiet eine Größe von 3.100 qm umfasst.

Beschluss:

Der Bauausschuss stimmt einer ergänzenden Ferienhausbebauung gemäß vorliegendem Planvorentwurf/ -entwurf **einstimmig** zu und beschließt dementsprechend, den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 11 - 10. Änderung „Erlenhof“ in der Kernstadt Brakel aufzustellen.

1.4. Oberflächengestaltung 3. und 4. Bauabschnitt "Hankamp" in der Kernstadt Brakel; Ergebnis der Behördenbeteiligung - Fußgängerüberweg Rosenstraße/ Wolfskuhle

289/2014
-2020

Berichterstatter: StBOAR Groppe

StBOAR **Groppe** gibt den Mitgliedern einen Überblick über die derzeitigen Planungen. Vom zeitlichen Ablauf her ist beabsichtigt, dass bis Ende des Jahres die Ausschreibung und die Auftragsvergabe erfolgen soll, damit im Frühjahr 2016 mit den Arbeiten begonnen werden kann.

Auf Nachfrage des Ratsherrn **Wulff** teilt er mit, dass vor der Anordnung von Fahrradständern vor der ehemaligen „Kickfiliale“ in jedem Fall Gespräche mit dem Grundstückseigentümer geführt werden.

Beschluss:

Der Bauausschuss stimmt bei **5 Gegenstimmen mehrheitlich** der mit dem Straßenverkehrsamt und der Polizei abgestimmten Planung für den Fußgängerüberweg Rosenstraße/ Wolfskuhle zu.

1.5. Optimierung der Bushaltestelle "Bredenweg"; Vorstellung der geänderten Planung

288/2014
-2020

Berichterstatter: StBOAR Groppe

StBOAR **Groppe** erklärt dem Ausschuss kurz die geplanten Änderungen im Bereich der Bushaltestelle „Bredenweg“. Die Radfahrer werden künftig von den Bushaldebuchten auf die Fahrbahn geleitet. Durch das Verschieben der Bushaldebuchten ist ein gefahrloses Überqueren der Fahrbahn möglich.

Beschluss:

Der Bauausschuss stimmt **einstimmig** der vorgestellten geänderten Planung zu.

1.6. Instandsetzung der Nethebrücke im Ostheimer Feld

Berichterstatter: FB 3

285/2014
-2020

VA **Sentler** erklärt den Anwesenden im Detail, welche Instandsetzungsarbeiten an der Nethebrücke im Ostheimer Feld geplant sind.

Auf Nachfrage des Ratsherrn **Kruse** teilt er mit, dass die Nethe halbseitig gestaut wird und so auch die Bereiche gesandstrahlt werden können, die im Wasser (bis zum Flussbett) liegen.

Ratsherr **Tobisch** bittet bei den zeitlichen Planungen zu bedenken, dass dieser Bereich stark durch die landwirtschaftlichen Fahrzeuge genutzt wird. VA **Sentler** erklärt, dass in Kürze mit den Arbeiten begonnen werden soll, die ca. 6-7 Wochen andauern werden, entsprechende Gespräche mit den Anliegern wurden bereits geführt.

Beschluss:

Der Bauausschuss beschließt **einstimmig**, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen und die vorhandene Brücke im Ostheimer Feld neu zu konzipieren und die Brückenbreite von bisher ca. 6,90 m auf 3,80 m zu reduzieren. Dabei wird die Unterkonstruktion komplett in Stahlbauweise erstellt während die Oberkonstruktion in Holzbauweise erstellt.

1.7. Stadterneuerungsprogramm für das Jahr 2016; Beschluss zur Antragstellung

272/2014
-2020

Berichterstatter: StBOAR Groppe

Dieser Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung **einstimmig** von der Tagesordnung **abgesetzt** und an den Rat der Stadt Brakel (01.09.2015) verwiesen.

1.8. Teilweise Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans "Gesundheits- und Pflegezentrum Brakel" in der Kernstadt Brakel

278/2014
-2020

- a. Beratung von Äußerungen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit**
- b. Beratung von Stellungnahmen aus der Offenlegung**
- c. Beratung von Stellungnahmen aus der Beteiligung der Behörden**
- d. Satzungsbeschlussvorschlag**
- e. Zusammenfassende Erklärung**

Berichterstatter: Verw.-Ang. Bohnenberg

VA **Bohnenberg** gibt bekannt, dass nach ergebnisloser Beteiligung der Öffentlichkeit die Beteiligung der Behörden/ Träger öffentlicher Belange gleichzeitig mit der Offenlegung des Planentwurfes vom 20.07. bis zum 21.08.2015 einschließlich durchgeführt wurde. Entsprechende Äußerungen und Stellungnahmen wurden nicht vorgebracht.

Satzungsbeschluss

Beschluss:

Der Bauausschuss schlägt dem Rat **einstimmig** vor, die teilweise Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Gesundheits- und Pflegezentrum Brakel“ in der Kernstadt Brakel gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung zu beschließen.

Der räumliche Geltungsbereich der Aufhebung befindet sich im Nordosten der Kernstadt Brakel, im Eingangsbereich der ehemaligen belgischen Kaserne, nördlich der Straße Lütkerlinde.

Er ist Teil der **Gemarkung Brakel** und umfasst in der **Flur 33** das Flurstück 171.

Zusammenfassende Erklärung

Gemäß gültigem Baugesetzbuch, § 10 Abs. 4, soll die sog. „zusammenfassende Erklärung“ den Bebauungsplan nach Abschluss des Planverfahrens mit einer Art Wegweiser für das vollendete Sach- und Planverfahren versehen, der ebenso zu jedermanns Einsicht bereitgehalten werden muss wie der Plan selbst nebst Begründung.

Die zusammenfassende Erklärung hat dabei keine Bedeutung für die Wirksamkeit des Plans, sie wird lediglich den Gremien bekannt gegeben.

2. **Resolution der Heimatpfleger im Kreis Höxter zur Windenergie**

Berichterstatter: StBOAR Groppe

290/2014
-2020

StBOAR **Groppe** gibt den Mitgliedern des Bauausschusses die Resolution der Heimatpfleger zur Windenergie im Kreis Höxter zur Kenntnis.

Kenntnisnahme:

Der Bauausschuss nimmt die Resolution der Heimatpfleger zur Windenergie im Kreis Höxter zur Kenntnis.

3. **Bekanntgaben der Verwaltung**

Aktion „Gegenwind“ – Windpark Dringenberg

Ber.: StBOAR Groppe

StBOAR **Groppe** gibt bekannt, dass aufgrund der derzeitigen Planungen im „Windpark Dringenberg“ für Brakel kein Handlungsbedarf besteht. Er verdeutlicht anhand einer entsprechenden Karte, die bestehende Potentialfläche. Weitere Informationen sind auf der Internetseite der Stadt Bad Driburg zu finden.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht. Mit einem Dank an die Teilnehmer schließt Bürgermeister Temme die Sitzung.

gez. Unterschriften

Ulrike Hогреbe-Oehlschläger
(stellv. Vorsitzende)

Ulrike Nolte
(Schriftführerin)